

Pressemitteilung

27. November 2024

Henning-von-Tresckow-Str. 2 - 13
14467 Potsdam

Telefon: +49 331 866-5012
Fax: +49 331 27548-5012
Internet: www.msgiv.brandenburg.de
landesgleichstellungsbeauftragte@msgiv.brandenburg.de

„Wie über häusliche Gewalt berichten?“ Neuer Flyer für Medienschaffende

Anlässlich der UN-Kampagne „Orange the World“ vom 25. November, dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, und dem 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, veröffentlichen die Landesgleichstellungsbeauftragte, das Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser (NbF e.V.), der Frauenausschuss Land Brandenburg e.V. (FPR) und eine Vertreterin der Stiftung „Hilfe für Familien in Not - Stiftung des Landes Brandenburg“ den Flyer „Wie über häusliche Gewalt berichten. Eine Empfehlung für Medienschaffende“.

In den letzten Jahren hat das Thema häusliche und sexualisierte Gewalt zunehmend Aufmerksamkeit erhalten. Daran haben die Medien einen großen Anteil. In der Istanbul-Konvention, dem grundlegenden rechtsbindenden Instrument gegen Gewalt an Frauen in Europa, werden im Artikel 17 die Medien ermutigt, „Selbstregelungen festzulegen, um Gewalt gegen Frauen zu verhüten“. Häusliche und sexualisierte Gewalt an Frauen ist geschlechtsspezifische Gewalt, die auf patriarchalen Geschlechterrollen und -hierarchien beruht. Medienschaffende tragen Verantwortung, welche Bilder mit der Berichterstattung vermittelt werden. Sie haben die Möglichkeit, bestehende stereotype Narrative durch alternative Erzähl- und Darstellungsformen zu ersetzen.

Der Flyer gibt allen Journalist*innen und Medienschaffenden mit und ohne Vorwissen eine Hilfestellung, aufklärend und sensibel über Gewalt gegen Frauen zu berichten. Um dem Vorhaben und seinem Ergebnis Gewicht und breite Ausstrahlung zu geben, sind besonders die Redaktionen der öffentlich-rechtlichen und der lokalen Zeitungen sowie der Rundfunkrat aufgerufen, sich zu beteiligen. Gemeinsam können wir zu einer besseren öffentlichen Bewusstseinsbildung über Gewalt gegen Frauen beitragen, den Betroffenen gerecht werden und präventiv Aufklärungsarbeit leisten.

Neben dem Flyer werden weiterführende Inhalte zum Thema auf der Homepage des MSGIV in der Rubrik Frauen und Gleichstellung, Frauen vor Gewalt schützen veröffentlicht. Dort ist der Flyer abrufbar. Sie können ihn aber auch bei einer der Organisationen bestellen.



Wie würden uns sehr freuen, mit Medienschaffenden ins Gespräch zu kommen und den Flyer näher vorzustellen.

Manuela Dörnenburg, Landesgleichstellungsbeauftragte: „2023 gab es 360 vollendete Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen in Deutschland, im Kontext Häuslicher Gewalt waren es 155. D.h., dass an jedem zweiten Tag ein (Ehe-) Mann seine Partnerin oder Ex-Partnerin ermordet hat. Das sind keine Einzelfälle. Darum müssen wir gesamtgesellschaftlich auf diese Gewalt Antworten finden. Sprache ist dabei ein wichtiger Baustein, um Bewusstsein für Missstände zu schaffen. Wir sind alle aufgerufen, Gewalt gegen Frauen als das zu benennen, was es ist: ein Verbrechen. Der Flyer hilft, die Opfer in den Mittelpunkt zu stellen.“

Maren Küster, Koordinatorin für Öffentlichkeitsarbeit beim Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser: "Journalist*innen beeinflussen durch ihre Berichterstattung, wie eine Gesellschaft über partnerschaftliche Gewalt spricht und denkt: Gibt sie der Frau eine Mitschuld? Haben alle insgeheim doch Verständnis für den Täter? Werden Vorurteile und Klischees bedient? Oder erfahren wir, dass Gewalt strukturell ist, dass sie hätte verhindert oder gestoppt werden können, wo und wie wir alle Betroffene unterstützen können? Wenn wir wollen, dass die Gewalt aufhört, gehören diese Perspektiven dazu."

Jana Dornfeld, Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.: „Durch eine verantwortungsvolle und sensible Berichterstattung können Medienschaffende dazu beitragen, dass häusliche Gewalt als das anerkannt wird, was sie ist: ein ernstes und strukturelles Problem und niemals gerechtfertigt. Um den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen, müssen wir ein Bewusstsein für die tief verwurzelten Ursachen und die Auswirkungen auf die Betroffenen schaffen und immer wieder betonen, dass jeder ein Recht auf ein gewaltfreies Leben hat.“



Hilfe für Familien in Not
Stiftung des Landes Brandenburg